

beraten und beschlossen

11. Landessynode 2009 - 2014

11. Tagung 21. bis 23. November 2013

in der Evangelischen Diakonissenanstalt, Hilgardstraße 26, in Speyer

Berichterstattung

Staat ist für Finanzierung seiner Pflichtaufgaben zuständig

Synodalpräsident Franck eröffnet Landessynode in Speyer – Schwerpunkt ist "Mission in Solidarität"



Speyer (lk). Für ein „möglichst breites Angebot an Beratung für möglichst viele Menschen“ sprach sich Synodalpräsident Henri Franck in seiner Rede zur Eröffnung der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz am Donnerstag in Speyer aus. Es sei aber „nicht richtig, dass höhere Ausgaben aufgrund steigender Personalkosten durch höhere Zuschüsse aus der Kirchensteuer finanziert werden“, sagte Franck mit Blick auf den Tagesordnungspunkt „Zukunftsmodell Diakonie Pfalz“. Die Synode muss am Samstag über einen höheren Zuschuss der Landeskirche an das Diakonische Werk und über die Schließung von Beratungsangeboten entscheiden.

Bei einem Großteil der diakonischen Beratungsstellen handele es sich um Pflichtaufgaben des Staates, die das Diakonische Werk nach dem Subsidiaritätsprinzip wahrnehme. „Das bedeutet, dass zunächst der Staat, also das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften, für die Finanzierung dieser Aufgaben zuständig ist“, sagte Franck. Die Synode sei daher auch nicht der richtige Adressat für Demonstrationen, erklärte der Synodalpräsident. Mitarbeiter des Diakonischen Werkes wollen am heutigen Donnerstag bei der Synode für den Erhalt der Beratungsstellen demonstrieren.

Als „erfreulich“ wertete es Franck, dass es gelungen sei, „die staatlichen Stellen davon zu überzeugen, dass Beratungstätigkeiten als ihre eigene Aufgabe einen gestiegenen Finanzbedarf haben“. Dadurch sei es gelungen, höhere Zuschüsse für die Beratungsarbeit auszuhandeln. Dennoch bleibe eine Finanzierungslücke. Die Frage, die mit der Abstimmung über das „Zukunftsmodell Diakonie Pfalz“ beantwortet werde, sei nicht, „wie viele Beratungsstellen die Synode für richtig hält, sondern wie viel Kirchensteuermittel sie für staatliche Pflichtaufgaben bereit stellt“, sagte Franck.

Schwerpunktthema der Synode, die vom 21. bis 23. November in Speyer tagt, ist „Mission in Solidarität – Impulse aus den Partnerkirchen“. Viele Gäste aus den Partnerkirchen hätten einen teils sehr weiten Weg um den halben Erdball in Kauf genommen, um mit den Synodalen in verschiedenen Arbeitsgruppen und beim Abend der Begegnung ins Gespräch zu kommen, so Franck. Am Freitag sind neben der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien und der United Reformed Church in England Vertreter der vier Übersee-Partnerkirchen in Bolivien, Ghana, Korea und Papua zu Gast.

Für das Bistum Speyer sprach Ökumenereferent Thomas Stubenrauch ein Grußwort. Dabei machte er sich die Antwort Bischof Wiesemanns auf die Frage nach dem aktuellen Stand der Ökumene zu eigen: „Das Glas ist sicher mehr als halbvoll“, und verwies auf das intensive ökumenische Miteinander in den Pfarreien und Kirchengemeinden. Zugleich rief er zu einer „Offensive des gemeinsamen Glaubenszeugnisses und Dienstes an der Welt“ vor Ort auf, an der sich die Zukunft der Ökumene entscheiden werde. Dazu könnten die Erfahrungen von Partnerkirchen, vor allem in Ländern der Dritten Welt, wertvolle Impulse geben. Diese Erfahrungen, so Stubenrauch, sollten auch in den Ökumenischen Leitfaden und den Ökumenischen Kirchentag 2015 in Speyer einfließen.

Am ersten Verhandlungstag stehen u.a. die Wahl eines weltlichen Oberkirchenrates und die Ausrichtung der Handlungsfelder der Landeskirche auf eine finanzierbare Zukunft auf dem Tagungsprogramm. Dem Schwerpunktthema Mission widmen sich die Landessynodalen am Freitag. Am Samstag geht es u.a. um einen Gesetzesentwurf zur Bildung von Ausschüssen der Presbyterien, den Bericht des Landeskirchenrates für die Jahre 2011 und 2012 und um das „Zukunftsmodell Diakonie Pfalz“.

Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Die aktuelle Legislaturperiode läuft von 2009 bis 2014, vom 21. bis 23. November findet die elfte Tagung der elften Legislaturperiode statt. Die Synode tagt gewöhnlich im Frühjahr und im Herbst. An der Spitze der Landessynode steht ein fünfköpfiges Präsidium. Synodalpräsident ist der Speyerer Richter Henri Franck, Vizepräsidenten sind der Kaiserslauterer Rechtsanwalt Hermann Lorenz und der Otterbacher Dekan Matthias Schwarz. Als Beisitzer fungieren der Diplom-Mathematiker Ulrich Klein aus Rockenhausen und die Ludwigshafener Schulpfarrerinnen Anke Lind. Die Entscheidungen der Landessynode werden in Ausschüssen vorberaten: Recht, Kirchenordnung und Gleichstellung; Theologie, Seelsorge, Liturgie und Kirchenmusik; Finanzen; Jugend, Schule und Bildung; Diakonie, Mission und Verantwortung in der Welt; Öffentliche Verantwortung sowie Nominierungsausschuss.

21.11.2013, Speyer

Lutz: Antwort geben auf fortschreitende Säkularisierung

Dieter Lutz für weitere sieben Jahre im Amt des weltlichen Oberkirchenrates bestätigt



Speyer (lk). Klares Votum für den einzigen Bewerber: Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat Oberkirchenrat Dieter Lutz für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Der 55 Jahre alte Jurist erhielt von 70 abgegebenen Stimmen 59 Ja-Stimmen, fünf Synodale votierten mit nein, drei enthielten sich, drei Stimmen waren ungültig. Lutz ist seit 2007 als Dezernent u.a. für die Bereiche weltliches Personal, Recht, Organisation des Landeskirchenrates und Informations-technologie zuständig.

Das Konzept der Volkskirche im Wandel ist nach den Worten des Oberkirchenrates die angemessene Antwort auf Tendenzen in der Gesellschaft nach fortschreitender Säkularisierung. Die pfälzische Landeskirche sei eine „öffentliche Kirche“ und ein „relevantes Teilsystem der Gesellschaft“. Sie sei eine „Kirche für andere“ mit diakonischem Auftrag, und sie sei eine „missionarische Kirche“, die werbend auf die Menschen zugehe. Die Landeskirche werde zwar zahlenmäßig kleiner, die Herausforderungen indes nicht geringer. Die Chancen und Möglichkeiten, die die staatliche Ordnung für die Kirche biete, müssten nach Möglichkeit ausgeschöpft werden, erklärt Lutz.

Eine der größten Herausforderungen ist derzeit die Organisationsentwicklung des Landeskirchenrates – Teil des landeskirchlichen Strategiepapiers für eine finanzierbare Zukunft. Eine derart umfassende Überprüfung der gesamten Einrichtung habe es so noch nicht gegeben, sagt Lutz. „Wir wollen eine Optimierung der Verwaltungsabläufe im Sinne einer rationellen, dienstleistungsorientierten Organisation.“ Er sei zuversichtlich, dass die Ergebnisse, die bis November 2014 vorliegen sollen, zu einer Verbesserung der Arbeitsqualität führen werden.

Lutz will außerdem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger im Erwerbsprozess halten und die betriebliche Gesundheitsvorsorge vorantreiben. Für die Zukunft strebt der Oberkirchenrat die „elektronische Personalakte“, Online-Presbyteriumswahlen und eine neue Kirchengemeindeordnung an. Darin sollen alle für die Arbeit der Presbyterien und Gemeindepfarrämter wichtigen Rechtsregeln in einem einzigen Gesetz zusammengeführt werden.

Diakonie und Ökumene sind für den Juristen wichtige persönliche Anliegen. Diese „Grundüberzeugung“ spiegelt sich in seinem Engagement in der Gesellschafterversammlung der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz, der Evangelischen Heimstiftung Pfalz, im Gemeinschaftswerk für Menschen mit Behinderungen (GfMB) und nicht zuletzt als Vorsitzender des Stiftungsrates des Kirchlichen Rechenzentrums Südwestdeutschland in Karlsruhe-Eggenstein wider. Das Rechenzentrum sei ein gelungenes Beispiel für eine kirchenübergreifende ökumenische Kooperation im Bereich der Informationstechnologien. Lutz' Vision: Noch mehr Zusammenarbeit über Kirchengrenzen hinweg. „Nach solchen Möglichkeiten müssen wir immer neu Ausschau halten.“

Dieter Lutz war 1987 als juristischer Referent in den Landeskirchenrat eingetreten und im Jahr 2000 zum Leitenden Rechtsdirektor im Kirchendienst ernannt worden. 2006 wählte die Landessynode den gebürtigen Heidelberger zum weltlichen Oberkirchenrat. Die sechs Dezernate des Landeskirchenrates werden vom Kirchenpräsidenten sowie von drei geistlichen und zwei weltlichen Oberkirchenräten geleitet. Diese werden auf die Dauer von sieben Jahren gewählt.

Hinweis: Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz tagt vom 21. bis 23. November in der Evangelischen Diakonissenanstalt Speyer, Hilgardstraße 26. Die Plenarsitzungen beginnen am Freitag und Samstag jeweils um 9 Uhr. Schwerpunktthema ist „Mission in Solidarität – Impulse aus Partnerkirchen“. Der Synode gehören 74 Mitglieder an, darunter 23 geistliche und 42 weltliche Gewählte, sieben Berufene und zwei Jugendvertreter. Tweets von der Synode können auf <https://twitter.com/evkirchepfalz> nachgelesen werden.

21.11.2013, Speyer

Kirchenbezirke: Fahrplan für Fusionen festgelegt

Landessynode diskutiert Zukunft der Kirchenbezirke und Verwaltungsämter

Speyer (lk). Die Anzahl der Kirchenbezirke in der Evangelischen Kirche der Pfalz soll bis zum Jahr 2022 auf maximal zwölf reduziert werden. Einen entsprechenden Beschluss der Kirchenregierung hat die Landessynode am Donnerstag bei ihrer Tagung in Speyer zustimmend zur Kenntnis genommen. Bereits im kommenden Jahr sollen die zurzeit 19 Bezirke sich in Verhandlungen begeben und bis zum Jahr 2016 der Kirchenregierung konkrete Vorschläge für eine Neuordnung vorlegen. Die Fusionen sollen dann bis spätestens 2022 umgesetzt werden. An den zukünftigen Strukturen der Kirchenbezirke soll sich dann auch die Zahl der Verwaltungsämter orientieren.



Der für Planungsfragen zuständige Oberkirchenrat Gottfried Müller erinnerte an das von der Landessynode im Mai 2011 ohne Gegenstimme verabschiedete Strategiepapier, das eine Reduzierung der Zahl der Kirchenbezirke und Verwaltungsämter vorsieht. Damit die pastorale Versorgung und Vertretung in Urlaubs- Vakanz- und Krankheitszeiten gewährleistet und die Kirchenbezirke mit Mitarbeitern für die Handlungsfelder Bildung, Jugendarbeit, Kirchenmusik und Diakonie ausgestattet werden können, sollen Kirchenbezirke mindestens 30.000 Mitglieder haben. Zurzeit liegen nach Auskunft Müllers elf Kirchenbezirke unter dieser Mindestzahl, sechs Kirchenbezirke lägen 2015 bereits unter 20.000 Mitgliedern.

Müller unterstrich, dass alle 19 Kirchenbezirke aufgefordert seien, in Verhandlungsverbünde einzutreten:

- Bad Dürkheim, Frankenthal, Grünstadt und Ludwigshafen mit dem Ziel, höchstens zwei neue Kirchenbezirke zu bilden
- Landau, Bad Bergzabern und Germersheim mit dem Ziel, höchstens zwei neue Kirchenbezirke zu bilden
- Kusel, Homburg, Zweibrücken und Pirmasens mit dem Ziel, höchstens drei neue Kirchenbezirke zu bilden
- Kaiserslautern, Neustadt, Speyer und Donnersberg sollen sich für einen der Verhandlungsverbünde entscheiden, zu denen auch
- Lauterecken, Otterbach, Rockenhausen und Winnweiler gehören. Dieser Verbund verhandle bereits über eine für 2016 geplante Fusion.

21.11.2013, Speyer

Landessynode: Sparen und Investieren

Landessynode berät über Finanzierbarkeit kirchlicher Handlungsfelder



Speyer (lk). Von „A“ wie Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen bis „Z“ wie Zuweisungen nach dem Verwaltungsamtsgesetz hat sich die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz in Speyer mit Einsparmöglichkeiten beschäftigt. Dabei standen acht Handlungsfelder zur Diskussion, die nach Auffassung der Synodalen eine hohe Wichtigkeit für die Kirche haben, jedoch nur einen geringen Beitrag zu ihrem Profil beitragen. Mit den beschlossenen Maßnahmen werden nach Auskunft von Finanzdezernentin Karin Kessel in den kommenden Jahren von rund 100.000 Euro im landeskirchlichen Haushalt eingespart.

So wird nach dem Beschluss der Landessynode die evangelische Studierendengemeinde (ESG) in Kaiserslautern ab 2019 nur noch über eine halbe Pfarrstelle verfügen, wie dies bereits bei der ESG in Landau der Fall ist. Unter dem Gesichtspunkt der Kostenreduzierung bestätigte die Landessynode zudem die bereits vollzogene Zusammenführung der Ehrenamtsbeauftragung von Kirche und Diakonie sowie die Integration des gemeinnützigen Eingliederungsbetriebs „Neue Arbeit Westpfalz“ in das Gemeinschaftswerk für Menschen mit Behinderungen.

Keine weitere Reduzierung des Zuschusses haben nach dem Beschluss der Synode die freien Jugendverbände zu befürchten. Der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM), der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP), der Jugendverband „Entschieden für Christus“ (EC), das Otto-Riethmüller-Haus und die Evangelische Gemeindejugend der Pfalz mussten nach Angaben von Oberkirchenrat Gottfried Müller bereits 2002 eine Kürzung ihrer Zuschüsse hinnehmen.

Für den Bereich des Pfründestiftungsverbandes, dem die kirchliche Grundstücksverwaltung in der Pfalz obliegt, sprach die Landessynode eine Bitte aus: die Erträge aus Pachtzinseinnahmen sollen im landeskirchlichen Haushalt in der bisherigen Höhe von rund 1,8 Millionen Euro erhalten bleiben.

Für den Bereich der Verwaltungsämter bestätigte die Landessynode ihren Beschluss vom Mai 2011, die Zahl der zurzeit 14 Verwaltungsämter zu reduzieren und sie an den künftigen Strukturen der Kirchenbezirke zu orientieren. Ebenso soll an den bereits beschlossenen Einsparungen von 700.000 Euro bis 2020 festgehalten werden.

Investiert werden soll nach dem Willen der Landessynode in den Ausbau des Protestantischen Bildungszentrums „Butenschoen-Haus“ in Landau. Zur Optimierung des Tagungshausbetriebs soll der Ausbau der Bettenkapazität und der Tagungsräume erfolgen. Eine Entlastung der Kosten für die Gedächtniskirche der Protestation erfolgt nach Auffassung der Landessynode bereits durch den Bauverein und die „Stiftung Gedächtniskirche Speyer“. Der Zuschussbedarf sei darüberhinaus durch die Einrichtung eines ehrenamtlichen Kirchenhüterdienstes gesunken.

Anlass der aktuellen Beschlüsse war das Ergebnis einer Sondertagung der Synode im März 2012, bei der die Landessynodalen die Handlungsfelder der Landeskirche nach ihrer Wichtigkeit für die Gesellschaft und ihrem Profilbeitrag für die Kirche bewertet hatten. In der Folge diskutierte die Synode darüber, welche Handlungsfelder aufgegeben, welche optimiert oder anders strukturiert werden könnten.

21.11.2013, Speyer

"Reise der neuzeitlichen Mission hat begonnen"

Schwerpunkttag der Landessynode: Für ehrliches und einladendes Bild von Mission geworben



Speyer (lk). Für ein ehrliches, differenziertes, kritisches und einladendes Bild von Mission haben der Generalsekretär der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS), Pfarrer Jürgen Reichel, und der pfälzische Oberkirchenrat Manfred Sutter auf der Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz geworben. In seinem Referat zum Schwerpunktthema der Tagung, „Mission in Solidarität – Impulse aus den Partnerkirchen“, hob Reichel auch die „lebenspraktische Seite der Mission“, den Einsatz für die Lebensbedingungen der Menschen anderswo, hervor. Mit dem Blick auf „alle“ habe die Reise der neuzeitlichen Mission begonnen. Die Partnerkirchen mit ihren unterschiedlichen Formen der Frömmigkeit seien eine große Bereicherung für die pfälzische Landeskirche, erklärte der für Mission zuständige Dezerent, Oberkirchenrat Manfred Sutter, in seiner Einführungsrede. Am Freitag begrüßte die Landessynode Gäste aus den Partnerkirchen in Bolivien, Ghana, Korea, Papua, England und Tschechien in Speyer. Mit einem internationalen Gottesdienst war die Synode eröffnet worden.

Mission sei keine Einbahnstraße. Vielmehr gehe es um Solidarität und um Partnerschaft auf Augenhöhe, sagte Sutter. „Gerade im ‚Missionsland Deutschland‘ können wir von unseren Partnern viel lernen. Zum Beispiel Gottvertrauen, Glaubensfreude, mutige und ungewöhnliche missionarische Initiativen, Finanzierung der Kirche durch Fundraising und anderes mehr.“ Mission sei auch kein Selbstzweck, um die Kirche zu erhalten oder um ihre Einflussmöglichkeiten auszuweiten. „Mission in Solidarität“ fordere dazu auf, über den eigenen Kirchturm hinaus zu blicken, einander wahrzunehmen, und sich als Teil einer großen Bewegung der weltweiten Kirche zu verstehen.

„Schon längst ist es uns bewusst, dass wir nicht mehr allein eine gebende Kirche sind. Die Kirchen in Ghana, Korea und Papua halten uns missionarisch-evangelistisch für erschöpft“, führte EMS-Generalsekretär Reichel in seinem Vortrag aus. Inzwischen würden die Partner fragen, was sie tun könnten, „damit bei uns wieder ein lebendigeres Kirchenleben entsteht. Für sie sind wir Missionsgebiet geworden.“ Die Christen aus den Partnerkirchen würden besorgt beobachten, „wie wir das Schrumpfen hinnehmen“, so Reichel. Andererseits führe beispielsweise die evangelische Kirche in Papua ihre Wohlergehen heute auf die Ankunft der ersten Missionare vor hundert Jahren zurück.

Wo christliche Gemeinden entstünden, sorgten Menschen füreinander und für Dritte. Mission sei Partnerschaft auf Augenhöhe. Sie müsse für alle da sein, dürfe aber darüber das Kirche-Sein nicht ablegen. Dies käme einer „Amputation“ gleich.

Der Landeskirche empfahl der EMS-Generalsekretär, das Engagement für Mission und Entwicklung zu fördern, die internationale und ökumenische Kompetenz der jungen Generation zu stärken und sich auf neue Aufgabenstellungen einzulassen.

Der Kirchenpräsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bolivien, Pfarrer Emilio Aslla Flores, und der Generalsekretär der Evangelischen Kirche im Lande Papua, Matheus Adadikam, beide Vertreter von Kirchen in der Minderheit, schauten in ihren Grußworten gleichwohl „mit Hoffnung in die Zukunft“. Sie wünschten sich, dass diese Synode gemeinsam „nach Wegen für Einheit und Gerechtigkeit“ suche.

Die Vizepräsidentin des rheinland-pfälzischen Landtags, Hannelore Klamm, sagte, dass sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Entwicklung nicht an Ländergrenzen Halt machen dürfe und appellierte an das eigenverantwortliche Handeln jedes Einzelnen. Die Gesellschaft sei aufgefordert, die Zukunft der Einen Welt mitzugestalten. „Wir müssen global denken und lokal handeln. Unser Glaube verbindet uns über Grenzen hinweg“, sagte Klamm.

Die pfälzische Pfarrerin für Weltmission und Ökumene, Marianne Wagner, bezeichnete die Synode der pfälzischen Landeskirche als „historisch“: Zum ersten Mal seien Vertreter aller vier interkontinentalen Partnerkirchen sowie der Partnerkirchen aus England und Tschechien gleichzeitig zu Gast. „Es ist eine Premiere, dass wir uns heute gemeinsam darüber austauschen können, was uns als christliche Kirche weltweit bewegt“, sagte Wagner.

Folgende Partnerkirchen haben am Schwerpunkttag „Mission in Solidarität“ teilgenommen: United Reformed Church of the United Kingdom (URC), Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB), Presbyterian Church of Ghana (PCG), Presbyterian Church of Korea (PCK), Evangelische Kirche im Lande Papua (EKP) und Evangelische Kirche in Bolivien (EKB).



22.11.2013, Speyer

Im "Missionsland Deutschland" neue Wege einschlagen

Synode verabschiedet zum Abschluss des Schwerpunkttages Resolution



Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat zum Abschluss ihres Schwerpunkttages „Mission in Solidarität – Impulse aus der Partnerkirche“ die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, sich in Deutschland, der Europäischen Union und international für gerechte Wirtschaftsbeziehungen und einen „ambitionierten Klimaschutz“ einzusetzen.

„Die Beziehungen mit unseren Partnerkirchen sind uns Ausdruck gelebten Glaubens und ein wichtiges Feld ökumenischen Lernens. Sie ermutigen uns, in unserem Engagement für weltweite Gerechtigkeit nicht nachzulassen. Wir nehmen uns als Gemeinde und einzelnes Kirchenmitglied in die Pflicht“, heißt es in der am Freitag von der Synode verabschiedeten Resolution. Darin wird u.a. ange-regt, in jeder Synodalperiode Sondermittel für Schwerpunktprojekte in einer der Partnerkirchen zur Verfügung zu stellen. In dieser Periode würden Bildungsinitiativen in Papua unterstützt.

Wenngleich der Auftrag, Jesus Christus zu bezeugen, „in Vergangenheit und Gegenwart auch missbraucht wurde, um Macht über andere Menschen und Völker zu erlangen“, sollten die Christen ihren Glauben „nicht verstecken“. Vielmehr müssten sie im „Missionsland Deutschland“ neue Wege einschlagen. Wörtlich heißt es u.a. in der Resolution: „Wir sind aufgefordert, einmütig und eindeutig für ein Leben in Fülle für alle Menschen einzutreten und danach zu handeln. Dies gehört zu unserem missionarischen Zeugnis.“ Gleichzeitig bekräftigte die Synode die besondere Verbundenheit mit ihren Partnerkirchen, ihre Verantwortung zum solidarischen Teilen sowie die Zusammenarbeit mit den Missionswerken, insbesondere der „Evangelischen Mission in Solidarität“ (EMS).

Bei der Tagung zum Schwerpunktthema „Mission in Solidarität – Impulse aus Partnerkirchen“ waren erstmals Vertreter aller Partnerkirchen der pfälzischen Landeskirche zu Gast: Bolivien, Ghana, Korea, Papua, Tschechien und England. Sie feierten gemeinsam mit den Pfälzer Synodalen Gottesdienste und tauschten sich mit ihnen in Arbeitsgruppen aus.

22.11.2013, Speyer

Resolution der Landessynode

vom 22. November 2013

Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Prot. Landeskirche) hat sich bei ihrer Tagung am 22. November 2013 mit dem Schwerpunktthema „Mission in Solidarität – Impulse aus Partnerkirchen“ befasst. Erstmals waren dabei ökumenische Gäste aus allen Partnerkirchen anwesend (Bolivien, Ghana, Korea, Papua, Tschechien, Vereinigtes Königreich). Sie feierten gemeinsam mit den Pfälzer Synodalen Gottesdienst und tauschen sich mit ihnen in Arbeitsgruppen aus.

Die Landessynode verabschiedete folgende Resolution:

1. „Geht hin in alle Welt ... und siehe ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende“

(Matthäus 28, 19ff.)

Gottes Liebe und Barmherzigkeit, bezeugt im Alten und im Neuen Testament, ist in Jesus Christus zur Welt gekommen. Dieses Bekenntnis gilt weltweit und zu allen Zeiten.

Jesus Christus ruft seine Jüngerinnen und Jünger dazu auf, das, was sie von ihm gelernt und mit ihm erlebt haben, weiterzusagen. Als Kirche stehen wir daher in einer Mission. Wir haben den Auftrag, anderen von unserem Glauben zu erzählen und ihn glaubwürdig zu leben.

Wir bekennen, dass der Auftrag, Jesus Christus zu bezeugen, in Vergangenheit und Gegenwart auch missbraucht wurde, um Macht über andere Menschen und Völker zu erlangen. Gleichzeitig sehen wir, dass unsere Brüder und Schwestern in unseren Partnerkirchen in Bolivien, Ghana, Korea und Papua das Evangelium gerade als Befreiung und Stärkung erfahren haben und erfahren. Dies fordert uns heraus, unseren Glauben nicht zu verstecken, sondern in unserem Land und in unserer Gesellschaft offen die christliche Botschaft zu bekennen und dazu einzuladen. Im „Missionsland Deutschland“ müssen auch wir neue Wege einschlagen.

2. „Dass alle eins seien, damit die Welt glaube“

(Johannes 17, 21)

Die Evangelische Kirche der Pfalz (Prot. Landeskirche) ist Teil der weltweiten Kirche Jesu Christi. In unterschiedlichen Kontexten wird unser Glauben vielfältig und vielstimmig gelebt.

Dies bereichert uns, fordert uns gleichzeitig aber auch heraus. Mit allen Christinnen und Christen auf der Welt sind wir der in Jesus Christus gegebenen Einheit verpflichtet und zu glaubwürdigem Zeugnis und gemeinsamem Dienst aufgerufen. Unsere Welt ist zerrissen von Gewalt und Krieg; durch die Zerstörung der natürlichen Ressourcen ist unsere Zukunft bedroht. Menschen leiden unter Armut und Ungerechtigkeit. Als Christinnen und Christen darf uns dies nicht gleichgültig sein. Wir sind aufgefordert, einmütig und eindeutig für ein Leben in Fülle für alle Menschen einzutreten und danach zu handeln. Dies gehört zu unserem missionarischen Zeugnis. 2

3. „Komm herüber und hilf uns“

(Apostelgeschichte 16, 9)

Niemand kann für sich alleine Christ sein und keine Kirche nur nach innen gewandt leben. Wir sind gerufen, Anderen beizustehen und wir rufen selbst, um uns helfen zu lassen. Gelebt wird dies insbesondere durch die Zusammenarbeit:

- mit unseren Partnerkirchen in Europa (United Reformed Church, Evangelische Kirche der Böhmi-schen Brüder)
- mit unseren Partnerkirchen in Übersee (Evangelische Kirche im Lande Papua, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bolivien, Presbyterianische Kirche von Ghana, Presbyterianische Kirche in Ko-rea)
- in unseren Gemeinden und Gruppen, die Direktpartnerschaften und Beziehungen pflegen
- mit Menschen ausländischer Herkunft in unseren Gemeinden und zunehmend auch mit christlichen Gemeinden ausländischer Herkunft in unserer Nachbarschaft
- in der „Evangelischen Mission in Solidarität“ (EMS) sowie der „Basler Mission“ und „mission 21“
- mit „Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst“.

Durch diese Beziehungen nehmen wir Anteil aneinander und lernen voneinander.

So ermutigen wir uns gegenseitig durch das Gebet, stehen füreinander ein in solidarischem Handeln und kämpfen gemeinsam für eine friedliche und gerechte Welt.

Ökumenische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereichern unseren Glauben direkt vor Ort. Sie hel-fen uns, uns nicht nur um uns selbst zu drehen, sondern gerade in schwierigen Zeiten auf Gott zu vertrauen und „mutig voranzuschreiten“.

4. „durch die Liebe diene einer dem andern“

(Galater 5, 13)

Wir danken Gott, dass er uns erfahren lässt, wie bereichernd unsere geschwisterliche Verbundenheit mit Menschen in aller Welt ist.

Wir danken den Menschen in unseren Kirchengemeinden, Kirchenbezirken und Diensten, in den lan-deskirchlichen Arbeitskreisen und Initiativen für ihren Einsatz in der Partnerschaftsarbeit, in Mission, Ökumene und Entwicklungsdienst.

Wir bekräftigen

- die besondere Verbundenheit mit unseren Partnerkirchen und wollen die Zusammenarbeit mit allen auf verbindliche Grundlagen (Partnerschaftsvereinbarungen) stellen
- unsere Verantwortung zum solidarischen Teilen
- die Zusammenarbeit mit den Missionswerken, insbesondere der „Evangelischen Mission in Solidarität“ (EMS).

Wir bitten

- unsere Kirchengemeinden, sich aktiv an den Angeboten und Aktionen unseres Missionarisch-Ökumenischen Dienstes/MÖD und der EMS (z.B. Ökumenisches Freiwilligen Programm, Mitmachaktionen, Basler Mission – Deutscher Zweig) zu beteiligen
- alle Presbyterien, Beauftragte für „Brot für die Welt und weltweite Ökumene“ zu benennen. Sie sind wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, um Fragen der weltweiten Kirche im Alltag der Kirchengemeinden zu verankern.
- Kollektenaufrufe für Programme und Projekte unserer Partnerkirchen oder weltmissionarische Aufgaben ernst zu nehmen und in den Gottesdiensten für sie zu werben. 3

Wir regen an

- Direktpartnerschaften von Kirchengemeinden in Zukunft auch als gemeinsame Aufgabe der neuen Kooperationszonen zu gestalten
- die Kirchenbezirke als Mitgestalter der Partnerschaftsarbeit zu stärken
- pro Synodalperiode eine Begegnung mit entwicklungspolitischen Akzenten in einer Partnerkirche zu ermöglichen, in Kooperation von MÖD, „Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst“ oder EMS.
- in jeder Synodalperiode Sondermittel für Schwerpunktprojekte in einer unserer Partnerkirchen zur Verfügung zu stellen. In dieser Periode unterstützen wir Bildungsinitiativen in Papua. Wir bitten unsere Gemeinden und Kirchenmitglieder mit dem eigenen Konsum- und Einkaufsverhalten zu einer zukunftsfähigen Entwicklung und gerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beizutragen.

Gleichzeitig fordern wir die politischen Entscheidungsträger auf, sich in unserem Land, in der Europäischen Union und international für gerechte Wirtschaftsbeziehungen und einen ambitionierten Klimaschutz einzusetzen.

Die Beziehungen mit unseren Partnerkirchen sind uns Ausdruck gelebten Glaubens und ein wichtiges Feld ökumenischen Lernens. Sie ermutigen uns, in unserem Engagement für weltweite Gerechtigkeit nicht nachzulassen. Wir nehmen uns als Gemeinde und einzelnes Kirchenmitglied in die Pflicht.

Presbyterien: Ausschüsse mit Entscheidungsbefugnis

Anreiz für Fusionen geschaffen – Landessynode beschließt Gesetz

Speyer (lk). Eine Regelung, wie Pfarrer und Presbyterien von zu hohem Zeitaufwand für Presbyteriumssitzungen entlastet werden können, wird jetzt auch in der Kirchenverfassung verankert: Kleinere Kirchengemeinden, die sich freiwillig zu einer größeren zusammenschließen, können künftig für die zuvor selbstständigen Gemeinden beratende und beschließende Ausschüsse bilden. Das hat die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz an ihrem letzten Verhandlungstag am Samstag in Speyer beschlossen.



Mit dem Gesetz werde auch das Modell der Gesamtkirchengemeinde weiterentwickelt, die nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Gebieten neu errichtet werden können, erklärte Oberkirchenrat Dieter Lutz. Der neuen Regelung liegt das Strategiepapier „Mutig voranschreiten – Den Wandel gestalten – Gott vertrauen“ zugrunde, das u.a. Vorschläge zur Entwicklung der Organisationsstrukturen der Kirchengemeinden und Kirchenbezirke beinhaltet.

Oberkirchenrat Lutz betonte, dass auf das Prinzip der Freiwilligkeit gesetzt werde. Keine Kirchengemeinde solle gezwungen werden, sich mit anderen zu einer Gesamtkirchengemeinde zu vereinigen. Erfahrungen bereits bestehender Gesamtkirchengemeinden hätten allerdings gezeigt, dass die Gemeindepfarrämter und die Presbyterien dadurch von Verwaltungsaufgaben wirksam entlastet würden.

Sicherheitspolster für schwierige Zeiten

Vier Jahre nach ihrer Einführung will die Landeskirche nach dem einhelligen Votum der Synode nicht an den Vorgaben für die Instandhaltungsrücklagen, die in den Kirchengemeinden gebildet werden müssen, rütteln. Das ist das Ergebnis einer Evaluation, das Oberkirchenrätin Karin Kessel der Landessynode am Samstag der Landessynode vorstellte. Die Notwendigkeit dieser Pflichtrücklage werde heute nicht mehr in Zweifel gezogen, erklärte Kessel. Eher werde Kritik laut, „dass diese bereits vor zehn Jahren hätte stattfinden müssen“. Instandhaltungsrücklagen sollen die Finanzierung sichern, wenn Sanierungen an kirchlichen Gebäuden notwendig werden.

Um die Haushalte zu entlasten, soll ab dem Doppelhaushalt 2015/2016 unter anderem die Instandhaltungsrücklage nur noch aus 70 Prozent des Brandversicherungswertes berechnet werden. Außerdem werde eine offizielle Liste der kultur- und kirchengeschichtlich bedeutsamen Gebäude, für die eine längere Abschreibungsfrist (400 anstatt 200 Jahre) gelte, angelegt.

Voraussichtlich zwei Drittel der kirchlichen Körperschaften könnten die volle Instandhaltungsrücklage gar nicht oder nur zur Hälfte aufbringen, das ergebe sich aus den Hochrechnungen der Haushalte aus den Jahren 2011 und 2012, sagte Kessel. Daher werde „eine große Zahl von Kirchengemeinden gezwungen sein, Maßnahmen zu ergreifen“. Lösungsmöglichkeiten könnten höhere Einnahmen beispielsweise durch die Einführung einer Ortskirchensteuer, verstärktes Fundraising und Vermietung oder Verkauf von Gebäuden sein.

Ähnliches gilt nach Kessels Worten auch hinsichtlich der den Kirchenbezirken zur Verfügung stehenden Baumittel. Deren Höhe sei angesichts des landeskirchlichen Gebäudebestands – 503 Kirchen, 320 Pfarrhäuser, 347 Gemeindehäuser und Jugendheime, 181 Kindertagesstätten und 18 sonstige Gebäude – „eine „Herausforderung“, und die Zahl der Gebäude, die unterhalten werden müssten, angesichts der demografischen Entwicklung zu hinterfragen. Eine weitere Evaluation soll in drei Jahren erfolgen.

23.11.2013, Speyer

"Zukunftsmodell Diakonie" gesichert

Landessynode stimmt höheren Zuweisungen der Landeskirche an das Diakonische Werk Pfalz zu



Speyer (dwp/lk)). Das „Zukunftsmodell Diakonie“ wird von der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz mitgetragen. Am letzten Verhandlungstag der Herbsttagung in Speyer hat sich die Landessynode einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Landeskirche die Zuweisungen an das Diakonische Werk Pfalz erhöht. Kirchenpräsident Christian Schad zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis und „dankbar“, dass es so zustande gekommen sei. Der Diakoniedezernent der Landeskirche, Oberkirchenrat Manfred Sutter, und Landesdiakoniepfarrrer Albrecht Bähr unterstrichen die gemeinsame Verantwortung für diakonische Arbeit vor Ort.

„Wir brauchen die Unterstützung der Landessynode, um ein differenziertes Beratungsangebot in der Fläche zu erhalten“, hatte Sutter zuvor für das Modell geworben. Dieses soll die Arbeit des Wohlfahrtsverbandes mittelfristig sichern. Die Eckpfeiler des Modells sind: Die Aufrechterhaltung des Charakters der „Häuser der Diakonie“ bei Weiterführung des Beratungsangebotes durch diakonische Träger. In den „Häusern der Diakonie“ sind vielfältige Beratungsangebote unter einem Dach vereint, was für die Ratsuchenden kurze Wege und eine schnelle, kompetente und individuelle Hilfe aus einer Hand bedeutet. Weitere Eckpfeiler sind die Verbesserung der Refinanzierung durch das Land und die Kommunen sowie die Bereitschaft der Synode, die landeskirchlichen Zuweisungen zu erhöhen.

Demnach stellt die Landeskirche bis zum Jahr 2020 rund 2,3 Millionen Euro zusätzliche Mittel für das Diakonische Werk Pfalz bereit. Land und Kommunen zahlen künftig rund eine Million Euro mehr für die Beratungsarbeit. Durch die Bereitschaft diakonischer Träger, 14 Vollzeitstellen zu übernehmen, können rund 1,3 Millionen Euro gespart werden. Durch Verrentungen, Umsetzungen und auslaufende Befristungen werden 13 Vollzeitstellen eingespart, davon fünf in der Geschäftsstelle. Auch Kirchenbezirke und Kirchengemeinden unterstützen die diakonische Arbeit im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder.

Das Diakonische Werk stellt ab 2015 bis 2020 jährlich 125.000 Euro zum Ausbau von diakonischen Strukturen vor Ort zur Verfügung, berichtete Bähr vor der Synode. An den fünf Standorten Bad Dürkheim, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Neustadt und Pirmasens sollen nach Bährs Angaben entsprechende Projekte unter Federführung der Häuser der Diakonie umgesetzt werden. Unter dem Begriff „Marke Diakonie“ sei die Arbeit des Wohlfahrtsverbandes flächendeckend in seiner Vielfalt gewährleistet.

Die Geschäftsführung des Diakonischen Werkes Pfalz hatte im September vergangenen Jahres die Notbremse gezogen und seinem Aufsichtsgremium, dem Hauptausschuss, empfohlen, zur Konsolidierung des Werkes bis zum Jahr 2020 42 Vollzeitstellen abzubauen und das bestehende Beratungsangebot zu reduzieren - sollten sich keine höheren Zuschüsse seitens der öffentlichen Hand und der Kirche erzielen lassen oder Überleitungen an andere Träger ergeben.

Mehr zum Thema: www.diakonie-pfalz.de.

23.11.2013, Speyer

Einbringung des Jahresberichts 2011/2012 in der Landessynode
Redebeitrag Landespfarrer für Diakonie, Albrecht Bähr

Hohe Synode, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

es ist der erste Jahresbericht, den ich als Landespfarrer für Diakonie voll zu verantworten habe. Seit zweieinhalb Jahren leite ich das Diakonische Werk zusammen mit meiner geschätzten Geschäftsführung, den Abteilungen „Integration und gemeindenahe Diakonie“, Frau Thalmann, „Gesundheit, Rehabilitation und Pflege“, Frau Schneider, und „Wirtschaft und Verwaltung“, Herrn Göring.

„Wir. Für andere. Mit anderen“, so lautet der Titel des diakonischen Jahresberichtes, für deren Erstellung ich Pfarrerin Sabine Jung und ihrem Team, Frau Eva Stern und Frau Ellen Ritter danke. Wir wollen für andere und mit anderen daran arbeiten, dass allen Menschen in unserer Gesellschaft Leben in Fülle, wie es im Johannesevangelium heißt, ermöglicht wird.

Lassen Sie mich noch einmal kurz darstellen, was in den vergangenen zwei Jahren erreicht wurde:

Im Mai 2011 berichtete ich der Synode von der äußerst angespannten Wirtschaftssituation des Diakonischen Werkes und der damit verbundenen Frage, wie wir die Arbeit für den Nächsten aufrecht erhalten können. Heute kann ich selbstbewusst und auch mit großer Dankbarkeit sagen: Die Finanzen des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche der Pfalz sind wieder stabil. Die Sparmaßnahmen greifen und die Bewirtschaftung über die kaufmännische Buchhaltung läuft reibungslos. Alle notwendigen Wirtschaftsdaten können schnell abgerufen werden und sind solide errechnet. Hierfür danke ich, insbesondere der Abteilung Wirtschaft und Verwaltung.

Durch die finanzielle Konsolidierung unseres Hauses haben sich auch die Beratungsstellen stabilisiert. Die Häuser der Diakonie gelten vor Ort als kompetente und den Menschen zugewandte Einrichtungen, die in der Nähe des Nächsten ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Unsere Mitarbeitenden haben in den vergangenen beiden Jahren erheblich dazu beigetragen, dass Arbeit vor Ort profiliert wahrgenommen wurde. Hier danke ich allen Mitarbeitenden, insbesondere der Abteilung Integration und gemeindenahe Diakonie.

Durch die Konsolidierung der Finanzen, die Stabilisierung der Beratungslandschaft in der Pfalz und durch schlanke und effiziente Strukturen, ist es uns gelungen, selbst Kritiker davon zu überzeugen, dass die soziale Arbeit in der Landeskirche zukunftsfähig ist und notwendig für das Profil der Kirche.

In unzähligen Gesprächen in den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken haben wir es gemeinsam geschafft, die Notwendigkeit diakonischem Handelns in der Region zu stärken. Diakonie, die nur von oben herab, vom Spitzenverband her organisiert und geplant wird, läuft ins Leere. Wir brauchen starke, an der Diakonie interessierte Kirchenbezirke und Kirchengemeinden. Nur von unten her, von der Basis aus können wir glaubhaft unser diakonisches Zeugnis als Teil der Botschaft Jesu Christi leben und vermitteln.

Im Perspektivprozess führten wir intensive Gesprächsrunden mit unseren kommunalen Partnern, als auch mit dem Land, den diakonischen Trägern und der Landeskirche. Ebenso forderte die Synode, durch den Diakonieausschuss und Finanzausschuss, das Gespräch mit der Diakonie. Unterm Strich haben uns alle diese Gespräche gut getan. Die Arbeit der Diakonie vor Ort hat in der Politik einen hohen Stellenwert. Das Niveau der Arbeit ist überdurchschnittlich hoch und das Vertrauen in die Arbeit durch die Kommunen, aber auch durch das Land, ist gefestigt. Die Diakonie wird als Partner geschätzt.

Mit meinem Dienstbeginn als Landespfarrer der Diakonie startete auch die neue Arbeitsstruktur der Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz. Die Achse Speyer-Mainz funktioniert. Das Diakonische Werk Pfalz profitiert von der Tatsache, dass die Diakonischen Werke Hessen-Nassau und Rheinland-Westfalen-Lippe durch Fusionen sich auf die jeweiligen Bundesländer konzentrieren müssen und wir daher als Pfälzer eine Gesamtverantwortung für die sozialpolitischen Fragestellungen der Kirchen durch die Diakonie übertragen bekommen. Das Miteinander zwischen Mainz und Speyer, die spitzenverbandliche Verortung, dort wo die Politik gemacht wird, zeigt sich als segensreich. Es ist uns gelungen, die Diakonie als gerngesehenen und glaubwürdigen Sozialpartner im Konzert der vielen Anbieter zu stärken. Soweit der Rückblick.

Schauen wir nach vorne. Denn wir müssen uns gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Ich skizziere sie im Folgenden:

1. Armut

Altersarmut als auch Kinderarmut sind trotz der Konsolidierung der Wirtschaft, von der wir auch als Kirche profitieren, zentrale Themen der Zukunft. Durch Niedriglöhne, Teilzeitarbeit und manch andere Faktoren ist Altersarmut kein fernes Thema mehr, sondern rückt immer mehr ins Zentrum unseres Handelns. Das Gleiche gilt für das Thema Kinderarmut. Wir haben uns in der Pfalz, in den Städten Pirmasens, Ludwigshafen, Kaiserslautern erhebliche Herausforderungen zu stellen, wenn wir bei denen sein wollen, denen die Teilhabe am Leben verwehrt wird. Ein weiteres Problem stellt das soziale Gefälle innerhalb der Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Situation dar. Es kann und darf nicht sein, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen ausschlaggebend ist, wie vor Ort den Armen und den Schwachen geholfen wird.

2. Gemeinwesendiakonie

Wie zu Beginn schon erwähnt, muss die Diakonie, mehr als das in den vergangenen Jahren geschehen ist, in den Gemeinden und Kirchenbezirken verankert werden. Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland. Die Frage der Daseinsfürsorge vor Ort ist eine weitere Herausforderung, der wir uns zu stellen haben. Gelingt es uns als Kirche und Diakonie, die wir in allen Ecken und Enden eine Filiale besitzen, Nächstenliebe ganz niedrigschwellig und pragmatisch vor Ort zu üben? Dazu brauchen wir eine Struktur, die es uns ermöglicht, Prozesse vor Ort durch hauptamtliche Professionalität und ehrenamtliches Engagement zu begleiten. Wir besitzen unendlich viele Begabungen in den Gemeinden, die es für das Miteinander im diakonischen Sinn zu hegen gilt. Dazu wird die Diakonie ab 2015 jährlich 125.000 Euro zur Verfügung stellen, um zunächst an fünf Standorten modellhaft zu erproben, wie am Gemeinwesen orientierte Arbeit vor Ort gestaltet werden kann. Eine engere Zusammenarbeit mit diakonischen Trägern, den Sozialstationen, Kindertagesstätten und Beratungsstellen ist von Nöten. Aber wir dürfen uns auch nicht scheuen, mit anderen Wohlfahrtsverbänden und Sozialakteuren vor Ort Kooperationen einzugehen.

3. Die Marke „Diakonie“

Zu wenig noch haben wir die Marke „Diakonie“ im Blick. Unter dem Kronenkreuz firmieren große diakonische Träger, unsere Ökumenischen Sozialstationen, unsere Kindertagesstätten, die Häuser der Diakonie und manches andere mehr. Ich frage mich, wann es uns endlich gelingt, das Potenzial, das hinter all diesen Einrichtungen steckt, so zu nutzen, dass wir gemeinsam als Diakonie stark auftreten. Von daher müssen wir manche, fast ideologische Vorurteile ablegen. Diakonische Unternehmen sind keine raffgierigen, gewinnorientierten Einrichtungen, die unter dem Deckmantel der Diakonie arbeiten. Ebenso sind die Beratungsstrukturen, die durch das Diakonische Werk zur Verfügung gestellt werden, keine ineffizienten Kuschelnischen, in denen die Arbeit bedächtig getätigt wird. Mit dem Perspektivplan beginnt für mich ein neues Kapitel des Miteinanders.

Die genannten Herausforderungen, Armut, Gemeinwesendiakonie, starke Marke „Diakonie“ werden ergänzt durch die Punkte, die im Jahresbericht ebenfalls genannt sind: Fachkräftemangel, demografischer Wandel und Öffentlichkeitsarbeit.

Die größte Herausforderung steckt aber darin, das verlorene, teils durch Medien auch geförderte Vertrauen in der Öffentlichkeit, für Kirche und damit ihre Diakonie, durch eine solide und am Schwachen hin ausgerichtete Arbeit zurückzugewinnen.

Wir leiden unter der Debatte, welchen Luxus leistet sich die Kirche. Wir stoßen auf erhebliches Misstrauen, seit es die berechtigte Diskussion über die Heimkinder der 50er/60er Jahre und den sexuellen Missbrauch gibt. Wir finden nicht genügend Verständnis in der Öffentlichkeit für die Regelung des Dritten Wegs innerhalb der Kirchen und ihrer Diakonie.

Fragen von außen werden gestellt, ob wir das nun als angenehm empfinden oder nicht. Wie werden die Gelder der Kirche künftig für was verwendet? Orientieren sie sich an der Botschaft Jesu Christi, dass die Letzten die Ersten werden sollen? Und wie viel Diakonie kann und will sich Kirche in Zukunft leisten, um glaubwürdig die Botschaft nach außen zu verkünden? Ich sage dies sehr selbstkritisch. Ich glaube, wenn wir nicht noch stärker als bisher deutlich unsere Option für den Schwachen und den Armen ziehen, könnten die Zeiten noch härter für uns werden. Positiv gesagt, die Gesellschaft erwartet von uns ein klares, eindeutiges Ja zu den Schwachen und Entrechteten. Wenn wir dort sichtbar helfen, wird dies auch spürbar und nachhaltig Kirche und ihrer Diakonie nutzen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Dank. Ich danke zunächst einmal allen Mitarbeitenden im Ehren- und Hauptamt der Diakonie, die dazu beitragen, dass wir flächendeckend in der Pfalz die Botschaft von der Liebe Gottes durch Wort und Tat bezeugen können. Ich bin den Mitgliedern des Hauptausschusses, der Hauptversammlung, den Vorständen in den Trägereinrichtungen dankbar für das solidarische Miteinander, damit Diakonie beim Menschen ankommt. Ich danke aber heute insbesondere einer Person: Frau Solveigh Schneider, Abteilungsleiterin Gesundheit, Rehabilitation und Pflege, die über Jahrzehnte hinaus die Arbeit der Diakonie, insbesondere im Bereich der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege über unsere Kirchengrenzen hinaus prägte. Sie wird in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Ihr ist es zu verdanken, dass die Pflege ein wichtiger Tagesordnungspunkt in Diakonie, Kirche und auch der Gesellschaft geworden ist.

Ich glaube, die Diakonie hat gute Grundlagen, um in der Zukunft gemeinsam mit allen Partnern von den Gemeinden anfangen, über die Kirchenbezirke, die Kommune, die Träger, das Land und Landeskirche profiliert und am Menschen orientiert, für und mit den Nächsten ihren Auftrag segensreich zu erfüllen.

Die 12. Tagung der Landessynode 2009 - 2014
findet von Mittwoch, 21. bis Samstag, 24. Mai 2014
in Homburg statt.

